

Hinweis: Die Niederschrift ist bis zu ihrer Genehmigung vorläufig. Da bei der Genehmigung der Niederschrift, die in einer der nächsten Sitzungen erfolgt, noch Ergänzungen und Änderungen beschlossen werden können, sollte dann auch in diesen Sitzungen der Tagesordnungspunkt „Genehmigung der Niederschrift“ aufgerufen werden.

SchulA/011/2021-2026

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Schulausschusses
vom 07.01.2026**

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:13 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

Vorsitzende Grafe eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3	Mitteilung über die Genehmigung der Niederschrift vom 22.01.2025	VorlNr.
--------------	---	---------

Abt.-Leiterin Gerla teilt das Umfrageergebnis über die Genehmigung der Niederschrift vom 22.01.2025 mit, die bei 6 Enthaltungen einstimmig genehmigt wurde.

TOP 4	Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzende/n	VorlNr. 0823/2021-2026
--------------	--	---------------------------

RH Purrucker schlägt nach Absprache Herrn Dr. Klaus Rinck in Abwesenheit als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor.

Beschluss:

Der Schulausschuss bestimmt einstimmig

als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

**TOP 5 Vorstellung der Machbarkeitsstudie zur Optimierung des
Raumkonzeptes der IGS Rotenburg an beiden Schulstandor-
ten**

VorlNr.

Bgm Oestmann begrüßt den Architekten Herrn Fehlig. Er erklärt, dass es im Hinblick auf etwaige Bauvorhaben wichtig erschien, bei der IGS mit ihren zwei Standorten Bedürfnisse und Potenzial zur Weiterentwicklung der Schule mit Blick von außen durch ein Architektenbüro prüfen zu lassen. Die Vorstellung der Machbarkeitsstudie sei ein Zwischenschritt für weitere Überlegungen.

Der Architekt Herr Fehlig stellt die Machbarkeitsstudie ausführlich anhand einer Präsentation vor. Die Studie ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Zusammenfassend wird festgestellt, dass der F-Trakt sowie der D-Trakt an der Gerberstraße durch Ersatzneubauten ersetzt werden müssten. Zum Kostenvolumen teilt er ergänzend mit, dass der Vorteil an der vorgestellten Herangehensweise sei, dass bei gewünschten Flächeneinsparungen prozentual heruntergerechnet werden könne. Auf die Frage von RF Dembowski nach der brandschutztechnischen Trennung der Cluster bzw. Kompartments erklärt er, dass diese sich nach den bereits vorhandenen Brandschutzwänden richten, um nicht zusätzliche Kosten zu verursachen. Auf die Frage von RH Hickisch nach der Setzung des Schwerpunktes auf die Gerberstraße verdeutlicht Herr Fehlig, dass die Probleme in der Gerberstraße im Vergleich zum Standort In der Ahe nicht mit einem vernünftigen Brandschutzkonzept zu heilen seien. Hier komme man nicht um einen Neubau herum.

Bgm Oestmann zeigt sich sehr angetan von der umfassenden Studie, die in der Bedarfsermittlung auch den Vergleich zu anderen Schulen beinhalte.

**TOP 6 Bericht über den Vorbereitungsstand der Grundschulen zur
Einführung des Rechtsanspruchs Ganztagschule zum Schul-
jahr 2026/2027**

VorlNr.

Bgm Oestmann lobt das gute Miteinander zwischen Verwaltung und Schulleitungen und macht darauf aufmerksam, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 für den gemeinsamen Austausch kaum zu trennen seien.

Schulleiterin Schumann hebt hervor, dass die Schulen durch den bereits vorhandenen freiwilligen Ganztagsschulbereich gut aufgestellt seien. Die Stadt habe zu Beginn des Ganztagsangebots sehr vorausschauend geplant und daraus könne nun profitiert werden. Für das kommende Schuljahr komme nun der Freitag hinzu. Die Abfrage des Bedarfs bei den zukünftigen Erstklässlern habe ergeben, dass es keinen Sinn mache, nur an einem Grundschulstandort den Freitag anzubieten. Die Grundschulen möchten an allen drei Standorten mit dem Ganztagsbetrieb starten und diesen nicht nur für Erstklässler, sondern auch für die Jahrgänge 2 bis 4 ermöglichen.

Schulleiterin Bacinovic ergänzt, dass die Abfrage für die Kantor-Helmke-Schule bei ca. 20 bis 25 Erstklässlern liege. Sie bittet um Prüfung, ob nicht eine Öffnung des Ganztagsangebots am Freitag für alle Kinder möglich sei. Eventuell reiche auch eine Betreuungszeit bis 14:00 Uhr.

Schulleiter Puschmann beklagt, dass aus Lüneburg bisher keine Unterstützung für die Umsetzung der Betreuung am Freitag gekommen sei. Er ist dankbar für das Budget für Ausgleichszahlungen durch den Schulträger und bittet darum, auch zukünftig in dem guten Austausch zu bleiben und um Bereithaltung von eventuellen finanziellen Zuschüssen.

Bgm Oestmann erinnert daran, dass der Landkreis als Träger der Jugendhilfe zuständig sei. Die Kultusministerin habe zugesagt, den Ganztagsausbau für die Kommunen finanziell auskömmlich zu gestalten, hierauf müsse er zunächst vertrauen. Im Notfall werde die Stadt aber finanziell nachsteuern. Die Grundlast für den Mensabetrieb am Freitag betrage mit Personal-, Energiekosten usw. jährlich etwa 100.000 Euro mehr für die Stadt. Das Essensgeld von 3,50 Euro decke lediglich den Materialeinsatz. Grundsätzlich solle es den Schulleitungen überlassen werden, festzulegen, wer an Freitagen betreut werde.

TOP 7	Umgang mit dem Rechtsanspruch zur Ganztagsbetreuung an Freitagen für Geschwisterkinder	VorlNr.
--------------	---	---------

Unter Tagesordnungspunkt 6 behandelt.

TOP 8	Vereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und der Stadt Rotenburg (Wümme) als Schulträger der städtischen Grundschulen	VorlNr. 0993/2021-2026
--------------	---	---------------------------

Bgm Oestmann erläutert, dass der Landkreis Rotenburg einer der wenigen Kreise sei, der sich rechtzeitig auf den Weg gemacht habe. Die Ferienbetreuung sei bis auf vier Wochen im Jahr Sache des Landkreises. Die vorliegende Vereinbarung, die Bgm Oestmann für sehr weitsichtig halte, sei in mehreren Sitzungen gemeinsam erarbeitet worden. Auf Nachfrage von RH Räke antwortet Bgm Oestmann, dass der Ganztagsanspruch mit 5 Tagen à 8 Unterrichtsstunden als erfüllt gelte.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt, die beigefügte Vereinbarung mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem Schuleintritt bis zum Beginn der fünften Klassenstufe zu schließen.

TOP 9	Haushalt 2026 - Beratungen für den Bereich Schulen	VorlNr.
--------------	---	---------

Abt.-Leiterin Gerla stellt den Haushalt für den Bereich Schulen vor. Sie erläutert die Liste des Investiv-Haushalts und erklärt, dass die größten Ausgaben die Ersatzbeschaffungen von Klassenraummobiliar sowie Whiteboards seien. In der Stadtschule werde für die Umfunktionalisierung eines Computerraumes zum Klassenraum Mobiliar benötigt. Weiterhin solle im Rahmen des Startchancen-Programms höhenverstellbares und ergonomisches Mobiliar in Höhe von 100.000 Euro angeschafft werden, welches zu 70 % aus dem Startchancen-Programm bezuschusst werden könne. Zu den beantragten Investitionen der IGS habe sich die Verwaltung gegen die brandschutzkonformen Lerninseln ausgesprochen, da momentan nicht klar sei, wie sich die IGS räumlich entwickeln werde. Die beantragten 25 iPads seien bereits im Dezember 2025 beschafft worden. Zu den Programmierkosten der Website-Relaunch werde sich der Digitalisierungsexperte, Herr Schultz, mit der Schule in Verbindung setzen, um eine kostengünstigere Lösung zu finden. Außerdem werde die Beschaffung des Flügels aufgrund der Haushaltslage nicht als dringlich erachtet.

Bgm Oestmann macht sein Unverständnis darüber deutlich, dass die IGS sich nicht um den günstigen Erwerb des privat angebotenen Flügels in Höhe von 3.000 Euro gekümmert habe, was ihm sehr leidtue. Ergänzend erklärt RF Helwig, dass sie zwar den Kontakt vermittelt habe, seitens der Schule jedoch nichts unternommen worden sei. Schulleiter Thiemer erwidert, dass keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestanden hätten und das Geld aus Spendengeldern hätte eingeworben werden müssen. Dem widerspricht Bgm Oestmann und erklärt, dass in der letzten Schulausschusssitzung gesagt worden sei, dass die Idee verfolgt werden solle.

Frau Gerla fährt fort und erklärt, dass für die Mensa ein neuer Kombidämpfer beschafft werden müsse. Hierfür seien Haushaltsmittel aus Haushaltsresten vorhanden. Für einen weiteren Kombidämpfer sollen weitere 11.000 Euro eingestellt werden. Im Hinblick auf den Digitalpakt 2.0 seien für die Grundschulen jeweils 17.000 Euro und für die IGS 64.000 Euro vorgesehen worden. Als gute Nachricht verkündet sie, dass der Betrag an die Kreisschulbaukasse von 400.000 Euro auf 220.000 Euro reduziert werden könne.

Auf die Frage von Schulleiterin Bacinovic nach den beantragten Spielgeräten in Höhe von 10.000 Euro erklärt AL Harms, dass diese im Baubereich veranschlagt seien.

RH Hickisch erkundigt sich nach den fehlenden Maschinen für den Werkunterricht in der IGS, von denen in der letzten Schulausschusssitzung die Rede gewesen sei.

Frau Gerla berichtet, dass diese Maschinen beschafft worden seien.

Weiterhin möchte RH Hickisch wissen, wie es mit der Thematik des fehlenden Biologieraumes an der IGS weitergehe.

Abt.-Leiterin Schumacher antwortet, dass ein Durchbruch zwischen zwei Räumen entstehen solle, um einen angrenzenden Computerraum umzunutzen. Dies solle in diesem Jahr umgesetzt werden.

Schulleiter Thiemer bedauert, dass die Ausstattung des Raumes weiterhin fehle.

Die Nachfrage von RF Helwig, ob für die Ausstattung des Biologieraumes noch Kosten eingestellt werden müssten, bejaht Frau Schumacher.

Abt.-Leiterin Gerla fährt mit der Erläuterung des laufenden Haushaltes fort, bei dem sich gegenüber dem Vorjahr nicht viel verändert habe und die meisten Ansätze im Großen und Ganzen übernommen werden können. Bei dem Ansatz „Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte“ seien die Ansätze erhöht worden, ebenso bei den Verbräuchen von Vorräten, da vermehrt Kinder am Essen teilnehmen.

Bgm Oestmann ergänzt, dass es keinen besonderen Ansatz für armutsgefährdete Kinder gebe, da man davon ausgehe, dass die eingesparten Mittel aus den Vorjahren auskömmlich seien.

Erste Stadträtin Nadermann berichtet dazu, dass sich die Stadt erfolgreich als Projektkommune für das mit Bundesmitteln geförderte Inform-Projekt aus dem Bildungs- und Teilhabepaket „BuT: Kostenfreies Schulmittagessen“ bei der Vernetzungsstelle Schulverpflegung Niedersachsen beworben und teilgenommen habe, um die Inanspruchnahme dieser BuT-Leistungen für armutsgefährdete Kinder zu erhöhen. Das Projekt mit dem hieraus entstandenen Projektbericht habe dazu geführt, dass das Antragsverfahren wesentlich vereinfacht werden konnte und die Fördergelder nach Bewilligung auf das Giroweb-Konto des jeweiligen Kindes aufgebucht werden.

Schulleiter Puschmann merkt an, dass der Ansatz „Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen“ nicht für die Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln ausreiche, da der

gesamte Ansatz für die Kosten für den Schwimmunterricht inklusive Bustransfer zum Schwimmbad benötigt werde.

Bgm Oestmann bemängelt in diesem Zusammenhang die nicht unerheblichen Kosten für nicht abgesagte Bahnen im Ronolulu. Dieses Thema solle gemeinsam mit den Schulleitungen erörtert werden.

Schulleiter Puschmann und Schulleiterin Schumann entgegnen gemeinsam, dass die Budgets nicht durch die Bereitstellungsgebühren für nicht genutzte Bahnen aufgebraucht seien, sondern durch die gestiegenen Buskosten für den Transfer zum Schwimmbad.

Bgm Oestmann antwortet, dass man zeitnah mit den Schulleitungen über diesen Ansatz sprechen werde und eventuelle Korrekturen für den Finanzausschuss folgen.

Der Schulausschuss **empfiehlt einstimmig** den Haushalt 2025– Bereich Schulen.

TOP 9.1	Sanierung und Modernisierung der städtischen Grundschulen sowie Einplanung einmaliger Erhöhung des Schulbudgets um 5.000 Euro pro Schule für außerordentliche Anschaffungen/Bedarfe für den Haushalt 2026; Ratsantrag der CDU vom 24.03.2025	VorlNr. 0798/2021-2026
----------------	---	---------------------------

Dieser TOP wird vor der eigentlichen Haushaltsberatung zu TOP 9 behandelt.

Bgm Oestmann erklärt, dass keine schriftliche Vorlage gefertigt worden sei, da es sich bei der Sanierung und Modernisierung der städtischen Schulen um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handle. Bei der Einplanung einer einmaligen Erhöhung des Schulbudgets um 5.000 Euro werde die Sinnhaftigkeit nicht gesehen, da die Schulen Investitionen anmelden, was erforderlich sei. Die Verwaltung sehe für den Antrag daher kein Erfordernis. Wenn die CDU es wünsche, werde eine ablehnende Beschlussvorlage formuliert.

RH Poppe antwortet, dass seine Fraktion mit einer Zurückstellung des ersten Teils des Antrages einverstanden sei. Bei Bedarf werde der Antrag im nächsten Jahr in die Beratung eingebracht. Lediglich die Erhöhung des Schulbudgets sei der Fraktion wichtig und daran werde festgehalten.

RF Helwig spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für den vollumfänglichen Antrag aus.

RF Dembowski vertritt die Meinung, dass die 5.000 Euro pro Schule nicht zielführend seien, da es sich um ein Gießkannenprinzip handle. Es sollten lieber die konkreten Bedarfe der Schulen berücksichtigt werden.

RH Poppe entgegnet, dass die CDU bei dem gesamten Antrag bleiben wolle, wenn es Unterstützung von der SPD gebe. Die Verwaltung werde gebeten, im nächsten Schulausschuss die Bedarfe der Schulen für die kommenden Jahre vorzustellen.

Bgm Oestmann bittet darum, den Antrag zu konkretisieren.

RH Hickisch erinnert daran, dass Frau Schumacher bereits im September 2024 einen detaillierten Bericht zum Sanierungsbedarf des Gebäudebestandes der Schulen abgeben habe, der den Fraktionen vorliege. Hierfür spricht er ihr nochmal ein großes Lob aus. Er wünscht sich für die Grundschulen neben der vorliegenden Projektliste eine vollständige Investitionsplanung. Der Antrag führe hier nicht weiter.

Bgm Oestmann betont, dass er das externe Gutachten für die IGS in Auftrag gegeben habe, da es immer wieder politische Diskussionen gegeben habe. Nichtsdestotrotz wisse Frau Schumacher genau, wo welche Probleme seien.

Schulleiterin Bacinovic hält es für wichtig, bei künftigen Sanierungen für die nächsten 10 bis 15 Jahre im Blick zu behalten, dass sich die Pädagogik und die Ausrichtung des schulischen Arbeitens geändert habe. Flurschulen seien hier nicht mehr zeitgemäß.

AL Harms erklärt, dass die gewünschten 5.000 Euro pro Schule innerhalb des Schulbudgets für einen bestimmten Zweck veranschlagt werden müssten. Er verdeutlicht, dass der Schulträger die Schulen bei ungeplanten Investitionen bislang immer unterstützt habe.

RH Poppe bemängelt, dass die Verwaltung keine ablehnende Beschlussvorlage formuliert habe. Er bittet darum, für den nächsten Verwaltungsausschuss eine Vorlage vorzubereiten. Zur Konkretisierung ergänzt er, dass die 5.000 Euro für kleine bauliche Maßnahmen für die Verbesserung der Unterrichtsversorgung vorgesehen werden sollen.

Schulleiterin Schumann wünscht sich im Namen aller Schulleitungen unabhängig von der Entscheidung zu diesem Antrag ein gemeinsames Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Schullandschaft, das in einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit Politik und Verwaltung erstellt werden müsste.

Bgm Oestmann formuliert einen Beschlussvorschlag, der mit Begründung als Tischvorlage in den nächsten Verwaltungsausschuss eingebracht werden solle.

Der Schulausschuss lehnt bei 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen folgende Beschlussempfehlung ab:

Der Rat der Stadt Rotenburg beschließt, den Antrag der CDU/FW Stadtratsfraktion abzulehnen.

TOP 10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ausschussmitglieder	VorlNr.
---------------	---	---------

TOP 10.1	Thematik Außensportanlage und Turnhalle an der Schule am Grafel	VorlNr.
-----------------	--	---------

RH Hickisch spricht den seit Jahren nicht stattfindenden Außensportunterricht in der Schule am Grafel an. Er fragt, ob nicht Ideen entwickelt werden können, wie auf der Brachfläche an der Schule eine Anlage realisiert werden könne.

Weiterhin erkundigt sich RH Hickisch nach einer Aussage von Bgm Oestmann in einem Zeitungsartikel, dass der Zustand der Turnhalle der Schule am Grafel nicht schlecht sei. Er fragt, ob die Verwaltung bestätigen könne, dass die Halle in den nächsten fünf Jahren nicht abgängig werde.

Bgm Oestmann erwidert, dass er vermutlich gesagt habe, dass die Sporthallen nicht einstürzen werden. Die finanzielle Haushaltslage lasse derzeit nur eine konkrete Planung für das Jahr 2026 zu. Eine mittelfristige Finanzplanung sei kaum möglich. Die Sporthalle der Schule am Grafel stehe auf der Prioritätenliste an erster Stelle.

RH Kruse möchte wissen, ob die Spielplatzfläche hinter der Schule schon vor einem Sport-hallenneubau umgenutzt werden könne.

Abt.-Leiterin Schumacher erklärt, dass das Grundstück vor Jahren durch einen Weg ins an-grenzende Wohngebiet geteilt worden sei und sich im hinteren Bereich ein Spielplatz be-finde. Langfristig solle diese Fläche wieder der Schule zugeführt werden, was sich aber als schwierig und kostenintensiv gestalten werde, da massive Erdarbeiten zu tätigen wären.

Bgm Oestmann sieht aus finanzieller Sicht momentan keine Perspektive, zumal sich auch die Einbeziehung der durch die Anwohnenden genutzten Flächen als schwierig erweisen könnten.

Vorsitzende Grafe schließt die Sitzung um 21:13 Uhr.

gez. Vorsitzende/r

gez. Bürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.